

# Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!



Stand: Dezember 2022

## 1 **Forderung:**

2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senator für Inneres werden aufgefordert, das 12-  
3 monatige Pilotprojekt rund um das Mitführen von sogenannten Tasern im einfachen  
4 Streifendienst sofort zu beenden.

## 5 **Begründung:**

6 Bisher war die Nutzung von Elektroschockwaffen ausschließlich dem SEK (und einer  
7 Schutzstreife) vorbehalten. Seit kurzem läuft nun ein 12-monatiges Pilotprojekt, bei dem  
8 jeweils die Unterstützungstreife für erschwerte Einsatzlagen (USE) mit den 50.000 Volt  
9 starken Elektroschockwaffen (Tasern) ausgestattet werden soll. Zur Einordnung: Ein  
10 normaler elektronischer Weidezaun führt 15.000 Volt.

11  
12 Bei der USE handelt es sich um eine 2021 eingerichtete Spezialeinheit, die in  
13 Einsatzlagen unterstützen soll, *„die aufgrund der polizeilichen Einsatzerfahrung oder durch  
14 ihren gegenwärtigen Verlauf eine erhöhte Gefährdung für die eingesetzten Beamtinnen  
15 und Beamten oder Dritte erwarten lassen“*. Die Ausweitung auf eine weitere „Taser-  
16 Einheit“ - gepaart mit der Tatsache, dass Taser immer häufiger im Einsatz auch  
17 tatsächlich angewendet werden (vgl. Drs. 22/4854) – bedeutet das Fortentwickeln eines  
18 eingeschlagenen Weges, auf dem wir schnellstmöglich wieder umkehren sollten.

19  
20 Denn bei den Taser handelt es sich keinesfalls um ein nur kurzzeitig schmerzendes Mittel:  
21 Bei Vorerkrankungen wie Asthma oder Herzrhythmusstörungen, aber auch psychischen  
22 Erkrankungen oder Drogenkonsum drohen schwerwiegende gesundheitliche Folgen und  
23 im Extremfall auch der Tod der Betroffenen, wie uns kürzlich schmerzlich bei einem  
24 Einsatz der Polizei Dortmund vor Augen geführt worden ist. Für die eingesetzten  
25 Beamt\*innen sind weder innere physische noch psychische Erkrankungen bei Nutzung der  
26 Elektroschockwaffen sichtbar, was bedeutet, dass mit jedem Einsatz auch das Risiko  
27 mitschwingt, die Betroffene tödlich oder zumindest folgeschwer zu verletzen.  
28 Der eingeschlagene Weg ist damit falsch und sollte nicht fortgesetzt, sondern eingestellt  
29 werden. Das ergibt sich nicht nur aus der Achtung vor Gesundheit und Leben der  
30 Betroffenen, sondern auch aus dem Selbstverständnis der SPD als einer Partei der  
31 Bürger\*innenrechte.